

KOHLEATLAS SACHSEN

Daten und Fakten über einen verhängnisvollen Rohstoff

2026



ERGÄNZUNGEN:
JETZT FÜR
DIE ZUKUNFT
DENKEN!

IMPRESSUM

Der **KOHLEATLAS SACHSEN 2026** ist ein Kooperationsprojekt von BUND Sachsen e. V. und Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e. V..

Inhaltliche Leitung: Helen Garber, BUND Sachsen e. V., Grit Ebert, Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e. V.
Projektkoordination: Joachim Wondrak, BUND Sachsen e. V.
Art-Direktion und Herstellung: Ellen Stockmar

Mit Originalbeiträgen von Lasse Thiele, Prof. Karsten Rinke und Dr. Martin Schultze, Nora Mittelstädt und Jonny Grünsch, Yelena Zimdahl

Die Beiträge geben nicht notwendigerweise die Ansicht aller beteiligten Partnerorganisationen wieder. Die Flächenfarben der Landkarten zeigen die Erhebungsgebiete der Statistik an und treffen keine Aussage über eine politische Zugehörigkeit.

V. i. S. d. P.: Helen Garber, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Sachsen e. V.

Titel: © Ellen Stockmar

1. Auflage, März 2026

Die Abbildungen auf den Seiten 5, 7, 8, 10, 11, 12 und 13 stehen unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – 4.0 international“ (CC BY 4.0). Der Text der Lizenz ist unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode> abrufbar.
Eine Zusammenfassung (kein Ersatz) ist unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de> nachzulesen.
Sie können die einzelnen Infografiken dieses Atlas für eigene Zwecke nutzen, wenn der Urhebernachweis *Kohleatlas Sachsen, Stockmar, CC BY 4.0* in der Nähe der Grafik steht (bei Bearbeitungen: *Kohleatlas Sachsen, Stockmar (M), CC BY 4.0.*)



BESTELL- UND DOWNLOAD-ADRESSE

BUND Sachsen e. V.
Straße der Nationen 122, 09111 Chemnitz
www.bund-sachsen.de/kohleatlas

Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e. V.
Antonstraße 31, 01097 Dresden
www.weiterdenken.de/de/kohleatlas-2026



KOHLEATLAS SACHSEN 2026

Daten und Fakten über einen verhängnisvollen Rohstoff

INHALT

Die folgenden Beiträge sind eine Ergänzung zum „Kohleatlas Sachsen“, der 2017 von Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen und BUND Sachsen herausgegeben wurde. Die Texte und Grafiken präsentieren aktuelle Zahlen, verdeutlichen Konfliktlinien und bieten Einsichten in aktuelle Debatten.

04 VORWORTE

06 KOHLE-FOLGEKOSTEN WER ZAHLT AM ENDE?

Tagebaubetreiber sind verpflichtet, in Anspruch genommene Flächen wieder nutzbar zu übergeben. Grundvoraussetzungen sind dabei eine gesicherte Finanzierung, Transparenz und Mitsprache.

08 TAGEBAUSEEN HERAUSFORDERUNGEN FÜR JAHRZEHNTE

Nach der Kohleförderung sind aus den Tagebauen wieder funktionierende Landschaften zu formen. Hierbei spielen Seen eine große Rolle. Doch die Flutung der letzten Seen, ihre nachhaltige Bewirtschaftung und Funktionen für Mensch und Natur sind zu klären.

10 PÖDELWITZ ZWISCHEN VERFALL UND VERGESELLSCHAFTUNG

2021 wurde der kleine Ort Pödelwitz im Leipziger Südraum vor dem Abriss durch Kohlebagger bewahrt. Noch ist er dem Verfall preisgegeben. Doch es gibt Pläne für ein Modelldorf des sozialökologischen Wandels.

12 ENERGIEWENDE IN SACHSEN EIN HUMPELNDER KOHLERIESE AUF SEINEM WEG

Sachsen war jahrzehntelang ein von Braunkohle geprägtes Land. Diese Ära neigt sich dem Ende zu und eine neue könnte beginnen – die der erneuerbaren Energien. Doch so richtig will die Energiewende nicht in Schwung kommen.

14 ZUM NACHLESEN AUTOR*INNEN, QUELLEN VON DATEN, KARTEN UND GRAFIKEN

VORWORTE

Mit dem 2020 beschlossenen Kohleausstieg ging Deutschland einen wichtigen Schritt in Richtung einer klima- und umweltschonenderen Zukunft. Über 25 Milliarden Euro stehen bis 2038 für den Strukturwandel in den beiden großen ostdeutschen Kohlerevieren in Lausitz und Mitteldeutschland bereit.

Zukunftsfähiger Wandel wurzelt in einem reichen Boden: in Chancengerechtigkeit durch Bildung, in der kreativen Kraft von Kunst und Kultur und dem starken Fundament einer lebendigen Demokratie und Enkel-tauglichkeit. Mit gut ausgebildeten, regional verwurzelten oder angewurzelten Menschen kann aus dem Wandel ein echter Aufbruch werden. Wichtige Impulse für die Transformation in ganz Deutschland könnten ihren Anfang in den einstigen Kohleregionen nehmen – weg vom „Haben wir immer so gemacht“ hin zu innovativen Projekten.

Ein Beispiel dafür ist in diesem Band zu finden: In Pödelwitz soll ein Modelldorf der sozialökologischen Transformation entstehen. Aktuell ist ein Hofprojekt geplant mit solidarischer Landwirtschaft und inklusivem Baubetrieb. Doch die Pläne für das Dorf kommen nur schleppend voran – die wohl größte Hürde ist, dass 80 Prozent der Grundstücke und Häuser dem Kohleunternehmen MIBRAG gehören.

Bereits vor 30 Jahren erprobten Menschen in dem nahe Cottbus gelegenen Ort Lacoma eine gemeinnützige Dorfnutzung. Es wurden alternative Wohn- und Lebensformen erprobt, Kunst und Kultur, aber auch Bildung organisiert. Handwerk und Traditionen lebten auf. Doch die Hoffnungen und Visionen sind – wie Lacoma auch – im Cottbusser Ostsee versunken.

Zeitnah null fossile Brennstoffe bei Strom, Wärme, Mobilität, Industrie und Landwirtschaft sind aus diversen Gründen existenziell wichtig. Ohne Postfossilität kann neben dem Klimawandel auch der – ökologisch sogar dramatischere – Biodiversitäts- und Ökosystemverlust nicht wirksam bekämpft werden. Mit anhaltender fossiler Nachfrage auf den Märkten und dadurch hochgehaltenen Preisen finanzieren wir auch die Untergrabung von Demokratie und Frieden durch Staaten wie Russland, die ihren Staatshaushalt in großen Teilen aus fossilen Brennstoffverkäufen decken. Und auch dauerhafter Wohlstand gelingt nur postfossil, sind doch Klimawandel und Biodiversitätsverlust –

” Mit gut ausgebildeten, regional verwurzelten oder angewurzelten Menschen kann aus dem Wandel ein echter Aufbruch werden.

So unterschiedlich die Geschichten dieser Orte sein mögen: Eins haben sie gemeinsam. Sie wurden bzw. werden erheblich von den Kohleunternehmen vor Ort mitgeschrieben. Heute sind beide Reviere in der Hand ein- und desselben komplexen Unternehmensnetzwerks – des tschechischen Energiekonzerns Energetický a průmyslový holding (EPH). In dessen Regie läuft nicht nur das Kohlegeschäft. Auch für die Rekultivierung riesiger Landstriche trägt es die Verantwortung mindestens über Jahrzehnte. Mit dem Ausbau erneuerbarer Energien über Tochterunternehmen auf den Flächen einstiger Tagebaue bricht eine neue Epoche an. Was erst einmal gut klingt, ist aus ökonomischer, ökologischer und gesellschaftlicher Sicht umstritten: Bürger*innen wollen und sollen nicht Zaungäste der Entwicklung ihrer Region und der Energieproduktion sein, sondern den Aufbruch aktiv mitgestalten können.

Die vorliegenden Ergänzungen zum sächsischen Kohleatlas 2017 geben einen Überblick über die aktuellen Herausforderungen und Handlungsfelder: Transparenz bei den Braunkohle-Folgekosten, den Umgang mit den „neuen“ Seen, dem Ausbau erneuerbarer Energien und der sozialökologischen Transformation.

Grit Ebert

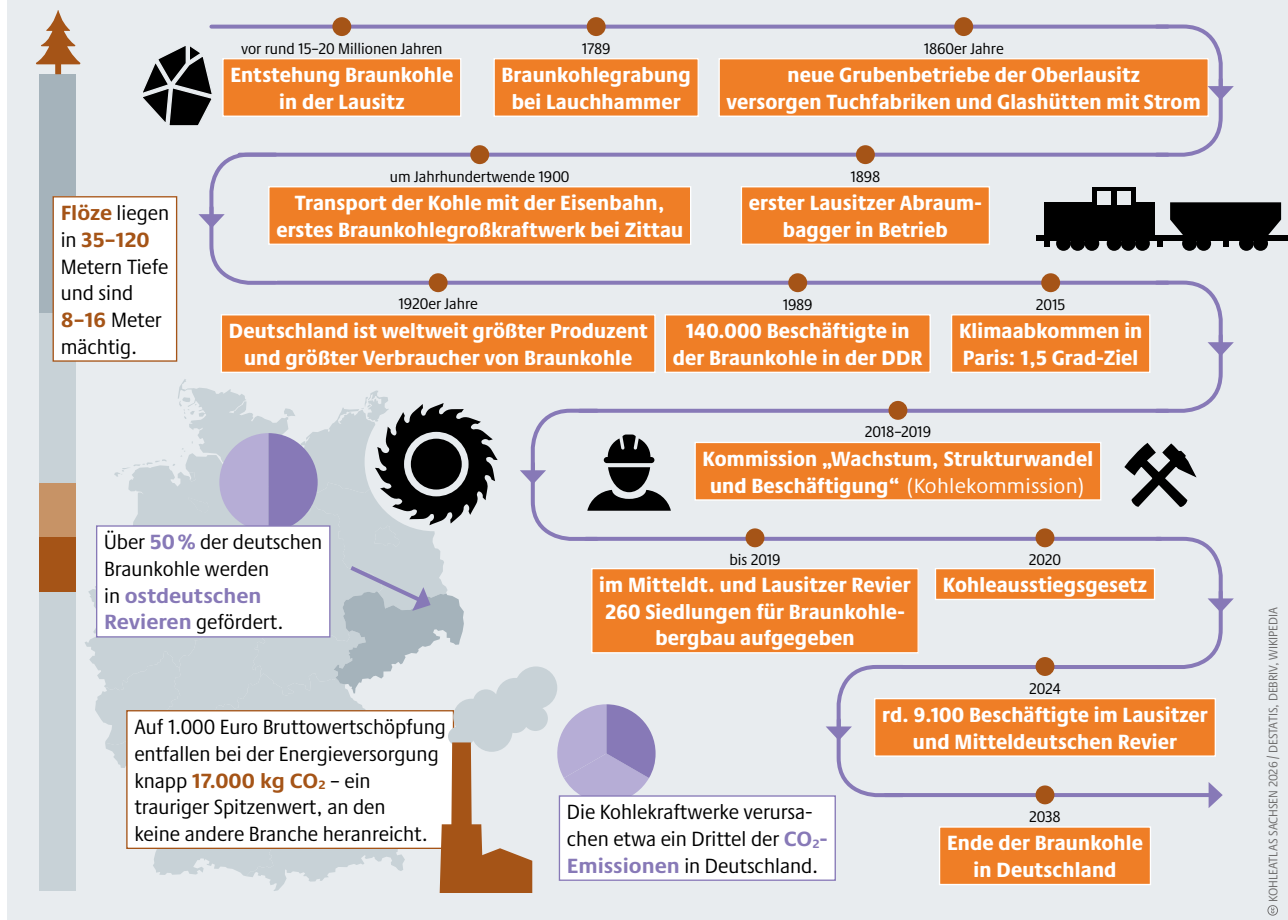
Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

und mehr noch Kriege – um ein Vielfaches teurer als rasche Postfossilität. Das liegt nicht nur an den drohenden dramatischen Folgeschäden jener Menschheitskatastrophen. Es liegt auch daran, dass die Fossilen Luftschadstoffe freisetzen, die massiv im Gesundheitssystem zu Buche schlagen. Und es liegt daran, dass fossil keine dauerhaft bezahlbare Energieversorgung möglich sein wird. Deshalb ist der vermeintlich ökonomisch gerechtfertigte Widerstand gegen das Gebäudeenergiegesetz („Heizungsgesetz“) auch so irrational.

Trotz alledem ist Deutschland bei weitem zu langsam mit dem fossilen Ausstieg, und die EU ist es auch.

DIE BRAUNKOHLE – AUFSTIEG UND ENDE IN SACHSEN

Entstanden vor Millionen von Jahren, abgebaut für nur zwei Jahrhunderte



Die Pariser 1,5-Grad-Grenze lässt schon heute kein Treibhausgasbudget mehr für Industriestaaten übrig. Das haben wir als BUND – initiiert aus unserem BUND Sachsen heraus – 2024 mit unseren zwei neuen Verfassungsklagen zum Klimaschutz und weltweit erstmals auch zum Biodiversitätsschutz aufgezeigt. Und zwar im Detail anhand der aktuellsten naturwissenschaftlichen Forschung, in der Nachfolge unseres großen Klima-Erfolgs vor dem Bundesverfassungsgericht 2021.

Es ist daher gespenstisch, dass dennoch in Sachsen und Deutschland weiterhin ein Kohleausstieg bestenfalls 2038 angestrebt wird. Das lässt sich sagen, auch wenn hoch wahrscheinlich ist, dass der EU-Emissionshandel (obwohl auch der bislang nicht konsequent genug an rascher Postfossilität ausgerichtet ist) die Kohlekraftwerke eher früher aus dem Markt drängt. Und der Kohleausstieg ist auch weit einfacher zu bewältigen als etwa eine Wärme- oder Verkehrswende, steht mit erneuerbarem Strom die Alternative doch unschwer bereit.

Natürlich kann Postfossilität nicht allein in Sachsen erreicht werden. Rechtlich sind die Handlungsoptionen von Bundesländern begrenzt. Und würde eine

„ Die Pariser 1,5-Grad-Grenze lässt schon heute kein Treibhausgasbudget mehr für Industriestaaten übrig.

Region wie Sachsen in einem großen EU-Binnenmarkt weit vorpreschen, könnten sich Emissionen einfach verlagern und Wettbewerbsnachteile für heimische Unternehmen drohen. Infolgedessen werden inner-sächsische Schritte zur Energiewende naturgemäß oft klein ausfallen. Mindestens ebenso wichtig wie Maßnahmen auf Landesebene ist deshalb, dass Sachsen auf EU-Ebene und Bundesebene Initiativen startet und unterstützt, die zeitnahe Postfossilität anstreben. Die Zeiten dafür sind angesichts der herausfordernden Debatte vorergründig schwierig. Gleichzeitig gibt es wie gesehen massive Gründe auch jenseits des Klimaschutzes, zeitnah die fossilen Brennstoffe hinter uns zu lassen.

Prof. Dr. Dr. Felix Ekardt
Vorsitzender BUND Sachsen

WER ZAHLT AM ENDE?

Tagebaubetreiber sind verpflichtet, in Anspruch genommene Flächen wieder nutzbar zu übergeben. Grundvoraussetzungen sind dabei eine gesicherte Finanzierung, Transparenz und Mitsprache.

Als Tagebaubetreiber werden LEAG¹ und MIBRAG² nach Bergrecht noch viele Jahrzehnte nach dem Kohleausstieg für die Folgekosten des Kohleabbaus aufkommen müssen. Die riesigen Tagebaulandschaften müssen rekultiviert werden. In der Regel sollen dort Seen entstehen. Hinter beiden Unternehmen steht der international operierende Mutterkonzern EPH (Energetický a průmyslový holding) des Milliardärs Daniel Křetínský, der die ostdeutschen Kohlereviere in den letzten 15 Jahren schrittweise aufgekauft hat. Die Haftung der EPH für die Braunkohle-Folgekosten ihrer Töchter ist jedoch nach aktuellem Kenntnisstand nicht gewährleistet. Seit Jahren steht die Sorge im Raum, dass die für ihre Geschäfte mit fossilen Altlasten in Europa berühmte EPH plant, die Braunkohle-Töchter nach Ende des Kohlegeschäfts strategisch insolvent gehen zu lassen. So würden die Rekultivierungskosten auf öffentliche Kassen abgewälzt.

Diese Sorgen wurden zuletzt vor allem im Falle der LEAG durch Konzernumstrukturierungen genährt. 2024 gab diese bekannt, ihre zukunftssträchtigeren Erneuerbaren-Sparten vom Braunkohlegeschäft zu trennen. Die isolierten, aber langfristig für die Rekultivierung verantwortlichen Braunkohlesparten werden in wenigen Jahren dadurch ohne Einnahmen dastehen.

In den ostdeutschen Braunkohlerevieren ist damit zu rechnen, dass der Kohleausstieg vor dem gesetzlichen Ausstiegsdatum 2038 „marktgetrieben“ erfolgen wird – d.h. im Zuge einer unternehmerischen Entscheidung, wenn sich Kohleverstromung angesichts des tendenziell steigenden EU-Emissionspreises für CO₂ und günstigerer Erneuerbarer nicht mehr lohnen sollte. Öffentlich bekennen sich zur Kohleverstromung die MIBRAG bis 2035, die LEAG bis 2038 – nicht zuletzt, weil fast ein Drittel der staatlichen Kohleausstiegs-Entschädigungszahlungen für die LEAG an den Nachweis entgangener Gewinne gekoppelt sind. Gegenüber dem Handelsregister legte die LEAG aber mittlerweile Kalkulationen vor, in denen nur noch bis Ende 2028 von Braunkohlegewinnen ausgegangen wird – ein Fingerzeig für ein realistischeres Ausstiegsdatum. So fehlt der ganzen Region Planungssicherheit.

Die sächsische wie auch die brandenburgische Landesregierung schaffen kaum Transparenz über die Vereinbarungen mit den Unternehmen für die Zeit nach dem Ende des Kohleabbaus. Immerhin wurden nach anhaltender Kritik seit den späten 2010er Jahren Vorsorgegesellschaften in Konzernbesitz eingerichtet, auf deren Konten die Kohlekonzerne einzahlen. Auf die Vermögen sollen die Landesregierungen im Falle einer Konzerninsolvenz zugreifen können. Mit den eingezahlten Summen werden über die Jahre zusätzliche Mittel erwirtschaftet. Die Anlagekonzepte dafür bleiben allerdings unter Verschluss.

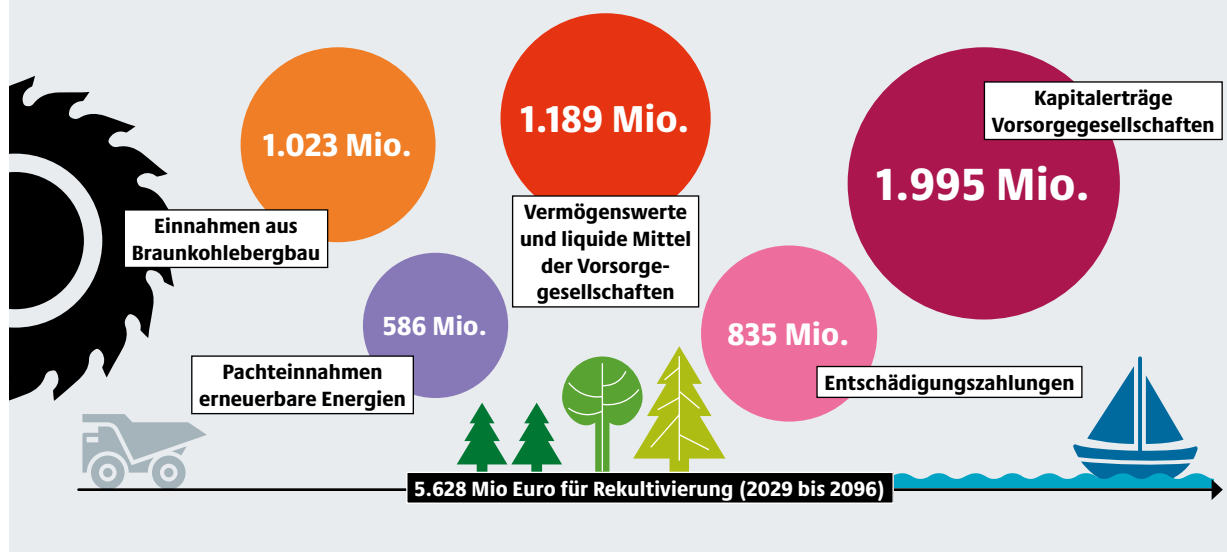
Das hat Methode: Die Vorsorgevereinbarungen selbst werden zwar veröffentlicht, die entscheidenden Kennzahlen jedoch regelmäßig in nichtöffentliche Anlagen ausgelagert. Insbesondere sind die zugrundeliegenden Annahmen über Rekultivierungskonzepte und -kosten – ein wichtiger Teil der Gleichung – nicht nachvollziehbar. Die traditionelle Nähe der Landespolitik zu den Bergbaukonzernen gibt hier wenig Anlass für Vertrauen. Sie drückt sich auch in Personalfragen aus: Der ehemalige sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) etwa wurde 2019, keine zwei Jahre nach seinem Ausscheiden aus dem Amt, Aufsichtsratsvorsitzender der MIBRAG.

Auf zivilgesellschaftlicher Seite kämpfen insbesondere die Umweltgruppe Cottbus der Grünen Liga, Greenpeace sowie das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) seit längerem um Transparenz über die Konzerngeschäfte. Das FÖS veröffentlicht regelmäßig Einschätzungen zur Vorsorgearchitektur und wertete zuletzt die beim Handelsregister hinterlegte Werthaltigkeitsbescheinigung der LEAG aus. Dieser zufolge möchte der Konzern selbst nur knapp ein Drittel der von ihm kalkulierten fünf Milliarden Euro Rekultivierungskosten erbringen. Die Hälfte des Gesamtaufwands sollen Wertsteigerungen und Kapitalerträge der Vorsorgegesellschaften leisten. Viel hängt also vom Investitionserfolg jener Konstrukte ab, deren Anlagekonzepte eben nicht transparent sind.

Greenpeace wies zuletzt 2024 Bilanztricks beim Verkauf von LEAG-Anteilen der PPF-Holding an EPH nach, die Zweifel an der Stabilität des Firmenkonstrukts schüren. Die Organisation rechnet damit, dass die Rekultivierungskosten der LEAG eher gegen zehn Milliarden Euro gehen werden. Auch die Untersuchungen der Umweltgruppe Cottbus zu den Wasserkonzepten der LEAG weisen darauf hin, dass nachhaltige Rekultivierungsansätze deutlich teurer würden als die bisher verfolgten Strategien.

FINANZIERUNG DER REKULTIVIERUNG IN DER LAUSITZ

Der Finanzierungsplan der LEAG stützt sich auf verschiedene Säulen. Zentrales Element sind die Vorsorgegesellschaften. Wegbrechende Einnahmen, geringere Wertsteigerungen und Zinsen können den Plan ins Wanken bringen.



© KOHLEATLAS SACHSEN 2026 / FÖS

Eine Abwälzung massiver Folgekosten auf die Öffentlichkeit ist also kein unwahrscheinliches Szenario. Der vor den Landtagswahlen 2024 in einem offenen Brief aus der Zivilgesellschaft eingeforderte Kurswechsel in der Vorsorgepolitik ist nicht absehbar.

Um den Finanzrisiken zu begegnen und eine ökologisch stimmige Rekultivierungspolitik im Zusammenspiel mit einer demokratischen Gestaltung des Strukturwandels zu ermöglichen, forderte das Konzeptwerk Neue Ökonomie in einem Dossier 2024 die Vergesellschaftung der Kohlereviere. Das würde eine Überführung in Gemeineigentum bedeuten, die Ausrichtung des Betriebs auf Gemeinwohl und eine demokratische Mitbestimmung über die Geschäftskonzepte.

Was utopisch klingen mag, hat durchaus realpolitische Bezüge: So legten die grünen Fraktionen Brandenburgs, Sachsens und Sachsen-Anhalts 2023 ein Konzept für eine Braunkohle-Folgenstiftung vor, und schon der Koalitionsvertrag der Ampelregierung von 2021 kündigte die Prüfung einer öffentlichen Stiftungslösung an – die dann nicht umgesetzt wurde.

Die Stärke des grünen Konzepts liegt darin, die langfristige Finanzierung der Rekultivierungskosten über die Erträge der Revierflächen abzusichern – vor allem durch die dort großflächig geplante und teils schon umgesetzte Erzeugung erneuerbarer Energien. So würden nicht einseitig die Ewigkeitskosten der Kohle vergesellschaftet, sondern auch die Gewinne der Energiewende. Das Stiftungskonzept stellt bisher jedoch keine demokratische Partizipation der Bevölkerung in den Revieren sicher – das wäre im Zuge einer demokratischen Vergesellschaftung nachzuholen. So könnten etwa gewählte Vertreter*innen der Regionen in den Aufsichtsgremien teilhaben und eine partizipative Erarbeitung der Flä-

Eine Rekultivierung mit langen Planungshorizonten und hoher Komplexität lässt sich schwer planen.

chennutzungskonzepte festgeschrieben werden.

Zudem setzen die Grünen auf eine freiwillige Verhandlungslösung. Sollte die EPH jedoch strategische Insolvenzen planen, so hätte sie kaum Interesse daran, profitable Geschäftsbereiche abzugeben im Tausch gegen Altlasten, derer sie sich im hier angenommenen Szenario umsonst zu entledigen beabsichtigt. Die Enteignung beziehungsweise Vergesellschaftung der fraglichen Assets aus Gemeinwohlgründen nach Artikel 14 bzw. 15 des Grundgesetzes müsste also zumindest als Drohmittel auf den Tisch, um die LEAG an denselbigen zu holen. Die Abwendung erheblicher Kosten für die Allgemeinheit könnte hier als Begründung dienen.

Der FÖS-Untersuchung zufolge ist die Verpachtung von Flächen für erneuerbare Energien ebenfalls Teil der LEAG-Planungen für die Finanzierung der Bergbaufolgekosten. Diese Kommunikation gegenüber den Behörden ist aus Unternehmenssicht taktisch sinnvoll. Doch solange keine Haftungsverpflichtungen bestehen, könnten die LEAG-Töchter untereinander etwaige Pachtzahlungen nach unten drücken und so auf der Erneuerbaren-Seite größere Gewinne einstreichen, während die Verluste auf der Braunkohleseite steigen. Eine transparente Vorsorgepolitik wäre erst in öffentlichem Eigentum mit starker demokratischer Kontrolle sicherzustellen. ●

¹ Die Marke LEAG wird von mehreren Unternehmen desselben Firmengeflechts verwendet, der übergreifenden Lausitzer Energie Verwaltungs GmbH (LE-V) sowie der Töchter Lausitzer Energie Bergbau AG (LE-B, betreibt die Tagebaue im Lausitzer Revier) und Lausitzer Energie Kraftwerke AG (LE-K).

² Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft

HERAUSFORDERUNGEN FÜR JAHRZEHNTE

Nach der Kohleförderung sind aus den Tagebauen wieder funktionierende Landschaften zu formen. Hierbei spielen Seen eine große Rolle. Doch die Flutung der letzten Seen, ihre nachhaltige Bewirtschaftung und Funktionen für Mensch und Natur sind zu klären.

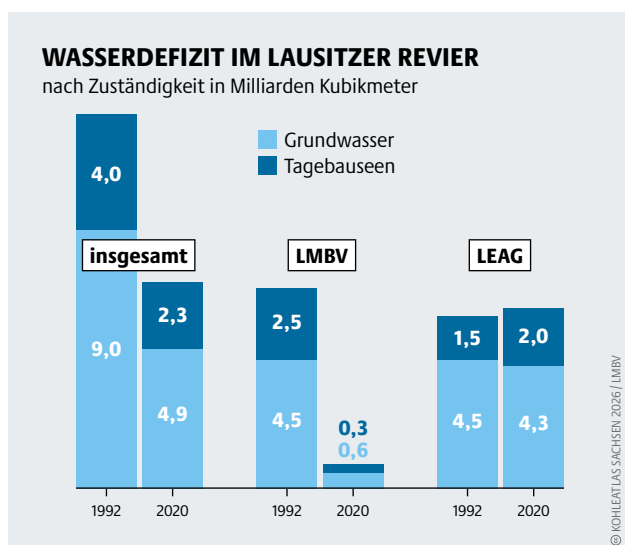
Ein großer Braunkohle-Tagebau findet sein Ende in der Regel als See. Das beim Abbau entstehende Volumendefizit – es werden täglich mehrere 10.000 Tonnen Kohle verbrannt – kann mit festem Material nicht ausgeglichen werden. Für das Mitteldeutsche, Lausitzer und Rheinische Revier sind daher Seen in der Größenordnung von jeweils 3,5 km³, 4,0 km³ bzw. 7,0 km³ zu erwarten. Zum Vergleich: Das Gesamtvolumen aller rund 500 deutschen Talsperren umfasst 4,2 km³. Hinzu kommt die großräumige Absenkung des Grundwassers für den Betrieb der Tagebaue. Das hierbei abgepumpte Grundwasser („Sümpfungswasser“) hinterlässt ein großes Wasserdefizit in der Landschaft. Das führt z.B. zum Austrocknen von Quellen, Feuchtgebieten oder Brunnen in der Region. Der Wasserbedarf zum Ausgleich dieses Defizits kann durch das lokale Wasserdargebot nicht in beherrschbaren Zeiträumen gedeckt werden.

In den letzten Jahrzehnten ist zumindest ein Großteil dieser Sümpfungswässer zur Füllung von stillge-

legten Tagebauen genutzt worden. Das Wasser blieb in der Landschaft, was positiv zu bewerten ist. Aber für die letzten Tagebaue steht Sümpfungswasser nicht mehr zur Verfügung. Für das Mitteldeutsche Revier wird das aufzufüllende Wasserdefizit zur Sanierung der letzten beiden Tagebaue Schleenhain und Profen ca. 1,6 km³ betragen. Das hierfür notwendige Wasser muss daher durch Flüsse und Grundwasser bereitgestellt werden. Der Bergbau beeinflusst damit den Wasserhaushalt ganzer Flussgebiete. In Kombination mit Dürre und Versickerungen kann dies sogar zum Trockenfallen der Flüsse führen, wie z.B. mehrfach bei der Schwarzen Elster. Eine überregionale Koordination der Wasserzuteilung (z.B. Flutungszentrale Lausitz) ist enorm wichtig, um das für Leben im und am Fluss notwendige Wasser („Mindestabfluss“) bereitzustellen.

Zur Sanierung der Tagebaulandschaften gehört aber auch, langfristig eine gute Wasserqualität zu erreichen. Insbesondere drei Wasserqualitätsrisiken sind zu benennen: (a) die Versauerung (aus der Pyritoxidation), (b) hohe Sulfatgehalte und (c) hohe Eisengehalte. Anders als bei natürlichen Seen spielen Nährstoffe und „Überdüngung“ bei Tagebauseen meist keine wesentliche Rolle (Schultze et al., 2010). Die neuen Seen können daher eine gute Wasserqualität erreichen. Das klappt, wenn das Wasser nicht sauer wird. Dann sinkt auch der Eisengehalt im Wasser. Das wichtigste Ziel ist also, eine Versauerung zu vermeiden. Tagebauseen, die zur Versauerung neigen, werden deshalb behandelt. Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV) hat dafür in den Jahren 2010 bis 2024 jedes Jahr zwischen 10.000 bis 55.000 Tonnen Neutralisationsmittel wie etwa Kalk ausgebracht. Auch die Einleitung von Flusswasser in Tagebauseen – wie etwa im Senftenberger See oder Zwenkauer See – bewirkt eine Neutralisation und Stabilisierung neutraler Bedingungen. Der Zufluss von versauertem Grundwasser erfordert auch zukünftig vielerorts eine regelmäßige, aber kostenintensive „Nachsorgekalkung“.

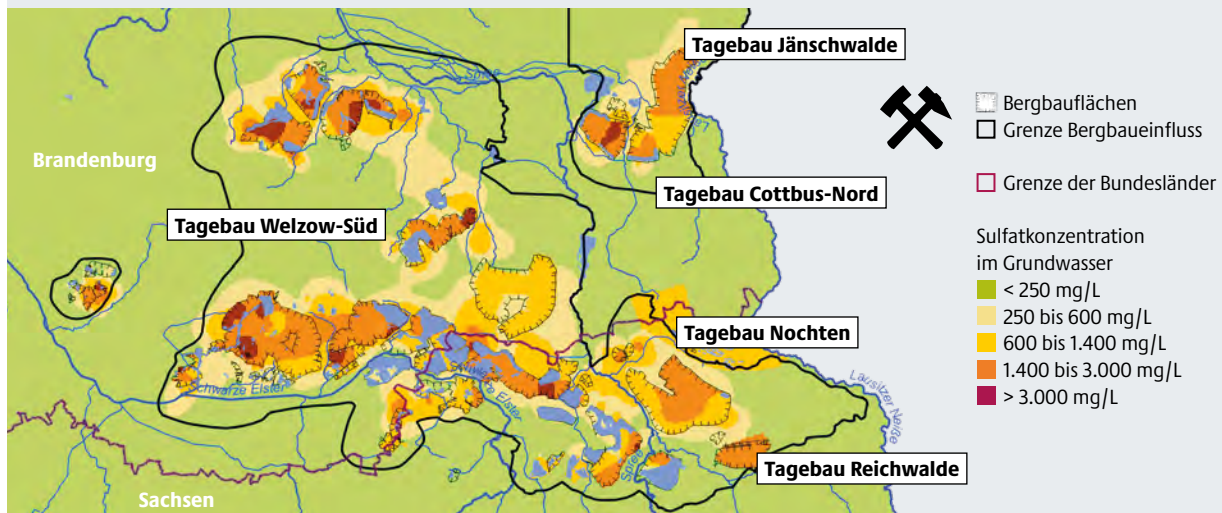
Erhebliche Folgekosten sind auch wegen Auswirkungen auf unterhalb liegende Flussabschnitte hinsichtlich



Die Sanierung des Grundwasserspeichers und das Fluten neuer Seen sorgt für einen enormen Wasserbedarf.

SULFATBELASTUNG DES GRUNDWASSERS IN DER LAUSITZ

Sulfatkonzentration im obersten Grundwasserleiter des Lausitzer Braunkohlereviers (2017) in Milligramm pro Liter



KOHLEATLAS SACHSEN 2026 / © UBA, IWB

Wassermenge und -güte zu erwarten, insbesondere in der Spree. In den kommenden Jahren wird deren Abfluss deutlich abnehmen. Zum einen fehlt künftig das Sumpfungswasser. Zum anderen wird Wasser für die Seen der letzten Lausitzer Tagebaue benötigt. Prognosen weisen sogar auf ein abschnittsweises Trockenfallen der Spree hin (Uhlmann et al., 2023). Dadurch wird die Wasserversorgung Berlins vor enorme Herausforderungen gestellt – selbst bei Einbeziehung der vorhandenen Tagebauseen in eine Speicherbewirtschaftung, wodurch aber zumindest ein Trockenfallen vermieden werden könnte. Daher wird eine Wasserüberleitung aus der Elbe in Höhe von mindestens 60 Mio. m³ pro Jahr diskutiert. Diese hat aber auch Auswirkungen auf den Abfluss der Elbe, erfordert lange Planungs- und Bauzeiten (>20 Jahre) und kostet mehrere 100 Mio. Euro. Schließlich begrenzen steigende Gehalte an Sulfat in der Spree eine Verwendung für die Trinkwasserversorgung und erfordern ggf. teure Investitionen in die Wasseraufbereitung.

Die Tagebauseen verschärfen den Wassermangel, weil über ihre Wasserflächen besonders viel Wasser verdunstet. Für das Lausitzer Revier wird ein Wasserverlust von 30 Mio. m³ pro Jahr geschätzt (Uhlmann et al., 2023). Bei der Gestaltung der Tagebauseen sollten daher tiefe Gewässer mit vergleichsweise kleiner Oberfläche bevorzugt werden, statt flacher und großflächiger Seen. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Cospudener See im Mitteldeutschen Revier. Der gerade entstehende Cottbuser Ostsee ist hingegen nachteilig aufgrund seiner großen Fläche und geringeren Tiefe. Andererseits können großflächige Seen mit Speicherfunktion mehr Wasser in abflussreichen Zeiten aufnehmen, um es für Trockenperioden zu speichern.

Rund 500 Tagebauseen existieren in Deutschland. Sie dienen oft Erholung, Tourismus und Wassersport. Dies funktioniert gut in der Nähe großer Städte und ist

Ab einem Sulfatgehalt von 250 mg/l ist Wasser nicht mehr als Trinkwasser geeignet bzw. muss verdünnt oder aufwendig gereinigt werden.

im Mitteldeutschen Revier gegeben, im Lausitzer Revier hingegen kaum. Touristische Angebote lassen sich auch nicht endlos ausweiten. Daher sind weitere Nutzungen der Gewässer gefragt, z. B.:

- Wärme aus dem See nutzen, z.B. mit Wärmepumpen fürs Heizen
- (begrenzte) Nutzung zur Kühlung von Gebäuden
- Lebensmittel produzieren, z.B. nachhaltige Fischzucht mit hochwertigen Speisefischen oder umweltfreundlicher Pflanzenanbau am Ufer
- Wasserstoff herstellen in Kombination mit Solarenergie
- Wasser speichern und bei Bedarf weitergeben gegen Bezahlung als Ausgleich

Eine wichtige Funktion können die neuen Seen und ihre Ufer im Arten- und Habitatschutz erbringen. Als wertvolle Lebensräume fördern sie Biodiversität und tragen so zur Umsetzung verschiedener Umweltschutzziele bei. Herausragende Beispiele sind die Goitzsche-Wildnis des BUND, das Naturparadies Grünhaus des NABU und die Naturlandschaft Wanninchen der Sielmann-Stiftung.

Tagebauseen sind eine wasserwirtschaftliche Herausforderung. Auswirkungen sind weit über die betroffene Region hinaus zu spüren. Bei einem nachhaltigen und weitsichtigen Management bieten sich jedoch auch Chancen für Mensch und Natur. Aus den entstehenden Seen können zudem positive Effekte und ein nennenswerter Beitrag zur Umgestaltung der lokalen Wirtschaft erwachsen. Doch die Lösung der wasserwirtschaftlichen Kernprobleme bleibt die Voraussetzung für eine Überführung in nachhaltige und gesellschaftlich akzeptierte Gewässernutzungen. ●

ZWISCHEN VERFALL UND VERGESELLSCHAFTUNG

2021 wurde der kleine Ort Pödelwitz im Leipziger Südraum vor dem Abriss durch Kohlebagger bewahrt. Noch ist er dem Verfall preisgegeben. Doch es gibt Pläne für ein Modelldorf des sozialökologischen Wandels.

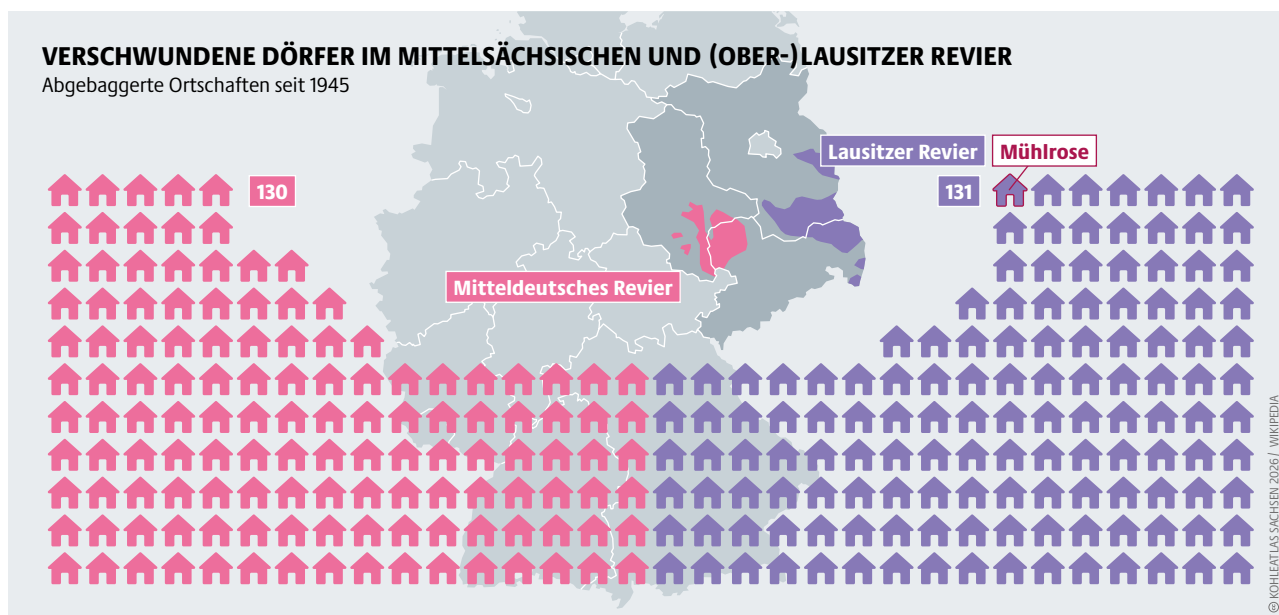
Pödelwitz ragt wie eine Halbinsel in den Tagebau Vereinigtes Schleenhain hinein. Obwohl das Dorf vor der Abaggerung gerettet wurde, steht es leer. Die MIBRAG hatte sich etwa 80 Prozent der Grundstücke und Häuser im Zuge der geplanten Umsiedlung angeeignet. Nun blockiert sie deren Nutzung. Der Alltag in Pödelwitz ist gezeichnet von „Betreten-verboten-Schildern“ und dem Verfall historischer Bausubstanz – auch von denkmalgeschützten Häusern. Putzbrocken und Dachziegel liegen auf den leeren Straßen. Die Wasserflecken auf den Fassaden ziehen von Jahr zu Jahr größere Kreise. MIBRAG-Securities in Pick-ups drehen Runden, um sicherzustellen, dass die Gebäude menschenleer bleiben. Nur Pflanzen und Tiere missachten das Privateigentum. Abends sind von den Dächern Waschbär-Schreie zu hören. Die Brombeeren überwuchern Grundstücksgrenzen.

Pödelwitz ist trotz der weitestgehend ausblei-

benden Wiederbelebung eine Erfolgsgeschichte des zivilgesellschaftlichen Widerstands. Das jahrelange Engagement der Bürgerinitiative Pro Pödelwitz, die wirkmächtige Vernetzung mit NGOs wie dem BUND Sachsen, Greenpeace und der Klimagerechtigkeitsbewegung in Form eines Klagebündnisses, Aktionen zivilen Ungehorsams und zweier Klimacamps haben im günstigen Moment des Kohleausstiegs die Entscheidungsträger*innen dazu bewogen, Pödelwitz zu erhalten. Das war im Januar 2021.

Ziemlich rasch entstanden im stillen Dorf lebendige Visionen eines Modelldorfes des sozial-ökologischen Wandels: Pödelwitz ist eine Chance und ein Hoffnungsbringer in diesen krisenhaften Zeiten und kann auf inklusive, solidarische und klimagerechte Weise wiederbelebt werden. Details dazu finden sich in einem Positionspapier. Die engagierte Dorfgemeinschaft ist ein Vorbild, wie demokratische Gestaltung im ländlichen Raum gelingen könnte. Es existieren bereits Ansätze dieser Vision: Repaircafés, das „Essbare Dorf“ oder die Lehm-Tage. Diese zeigen, dass ein nachhaltiges Wirtschaften mit regionalen Ressourcen

Mühlrose ist der letzte Ort in Ostdeutschland, der dem Kohlebagger gewichen ist.



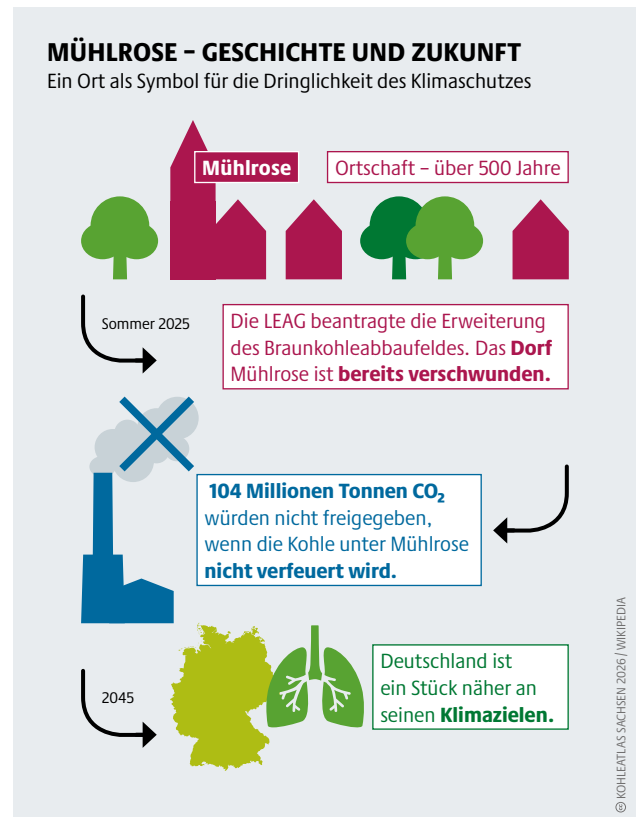
möglich ist, fast ohne Abhängigkeit von ausbeuterischen Lieferketten oder vom Pendeln in die Stadt. Pödelwitz ist ein Modell für ein Dorf der kurzen Wege, in dem alle als Teil einer Dorfgemeinschaft arbeiten, wohnen und leben können - egal, wo sie herkommen und ob sie eine Unterstützung im Alltag brauchen oder nicht.

Doch die bestehenden Eigentums- und Entscheidungsmacht-Verhältnisse bremsen die Entwicklungen. Während die Grundstücke der MIBRAG überwuchert werden, mussten Beerensträucher des „Essbaren Dorfes“ am Straßenrand wieder entfernt werden. Auch eine Solaranlage zur Selbstversorgung auf dem Dach des Dorfgemeinschaftshauses wurde nicht genehmigt, da die Kommune kein privates Eigentum auf öffentlichen Gebäuden erlaubt. Im Kontrast dazu wird die Energiewende im Südraum Leipzigs nun von fossilen Unternehmen im großen Stil vorangetrieben - auf Flächen, für die einst lebendige Dörfer abgebaggert wurden. Die von der MIBRAG ausgegründeten Tochterunternehmen tragen noch deren Namen wie der Windpark „Breunsdorf I“ sowie der geplante PV-Park „Peres III“.

Die Energiewende löst fossile Eigentumsstrukturen nicht auf, sondern strukturiert sie nur oberflächlich um. Auch die Häuser in Pödelwitz sind an die Grotzsch Wohnwelt GmbH überführt worden, eine Unterfirma der MIBRAG. Zur Fortsetzung des offiziellen Beteiligungsprozesses zur Wiederbelebung der Ortslage bräuchte es weitere Termine. Dazu fehlt die Rückmeldung der MIBRAG bis heute. Doch was könnte stattdessen kommen? Im Masterplan Vereinigtes Schleenhain, einer Ideenkarte für die Tagebau-Folgelandschaft, ist der „Pödelwitzer Balkon“ verzeichnet. Lässt die MIBRAG also denkmalgeschützte Häuser verfallen und spekuliert auf profitable Immobilien am Ufer der nächsten Perle des Leipziger Neuseenlandes?

Die Eingriffe durch den Bergbau in die Landschaft und das Ökosystem um Pödelwitz waren immens und werden es auch bleiben. Die Quelle des Pödelwitzer Dorfbachs wurde abgebaggert und es ist davon auszugehen, dass er ohne das Sumpfungswasser aus dem Tagebau versiegt. Auch der Leipziger Gewässerknoten (aus Elster, Pleiße und Parthe) hängt am Tropf der Tagebaue. Nicht einmal der Regionale Planungsverband Westsachsen weiß, woher das Wasser für den neuen See im mitteldeutschen Trockengebiet kommen soll und wie lange überhaupt noch Kohle neben Pödelwitz gefördert wird.

Aller Ungewissheit zum Trotz wurde mit dem Kauf eines Grundstücks in Pödelwitz ein Meilenstein gesetzt. Der Vliesethof ist im Besitz des „Pödelwitz hat Zukunft“ e.V. und bildet einen inselartigen Ausgangspunkt für eine inklusive Wiederbelebung des Ortes. Auf dem Hof sollen zukünftig Menschen mit und ohne Assistenzbedarf zusammenleben und arbeiten. Neben vielfältigen Wohnraumarten werden mehrere Betriebs-



Mühlrose ist Geschichte. Zukunft kann noch geschrieben werden, wenn die Kohle darunter im Boden bliebe.

stätten entstehen, wie z.B. eine solidarische Landwirtschaft, deren Einkochküche für Saft und Marmelade im Herbst 2025 eingeweiht wurde.

Diese Visionen sollen auf das Dorf ausgeweitet werden. Über lange Zeit hat der Verein „Pödelwitz hat Zukunft“ e.V. ein Straßenzugskonzept erarbeitet, welches das Bild eines lebendigen, vergesellschafteten Dorfes zeichnet. Der langfristige soziale Prozess der Vergesellschaftung dafür hat bereits begonnen. Vergesellschaftung in dem Sinne, dass Beziehungen aufgebaut werden sollen und Eigentum gemeinsam verwaltet wird. Dazu gehören die Stärkung des Denkmalschutzes oder städtebauliche Satzungen, zusammen mit regionalen Initiativen des Denkmalschutzes und der Bauwende sowie der Gemeinde Grotzsch.

Letztlich hat Pödelwitz aber nur durch eine rechtliche Vergesellschaftung des Eigentums eine sichere Zukunft. Die MIBRAG-Häuser sollten an eine Stiftung übertragen werden, welche die basisdemokratische Mitsprache der Dorfgemeinschaft garantiert (Beispiel Stadtbodenstiftung). Juristische Wege dahin gibt es mehrere, wie z.B. den Rückkauf durch die Kommune (Beispiel Morschenich) oder die Enteignung von vernachlässigten Denkmälern (Beispiel Schloss Reinhardsbrunn in Thüringen). ●

EIN HUMPELNDER KOHLERIESE AUF SEINEM WEG

Sachsen war jahrzehntelang ein von Braunkohle geprägtes Land. Diese Ära neigt sich dem Ende zu und eine neue könnte beginnen – die der erneuerbaren Energien. Doch so richtig will die Energiewende nicht in Schwung kommen.

Vor Jahren warb ein großes Energieunternehmen aus NRW für seine Erneuerbare-Energien-Projekte mit einem niedlichen Riesen. Er hüpfte durch die Landschaft und pflanzte Windräder und Solarparks in die Erde. Würde man dieses Bild für Sachsen nehmen, wäre es eher ein behäbiger, mit Kohlestaub verschmierter Riese, der langsam und skeptisch dreinblickend hier und dort mal eine Windkraft- oder Solaranlage in den Boden steckt. Einige würde er aber auch wieder herauspflücken und melancholisch in Richtung Kohlebagger schielen, anstatt begeistert umher zu hüpfen. Wo hakt es bei dem humpelnden Riesen Sachsen?

Fest steht: Die Braunkohleindustrie hat Sachsen Identität und viel Wohlstand gebracht. Fest steht aber auch: Die Braunkohleverbrennung erzeugt massiv Kohlenstoffdioxid (CO₂), was die menschengemachte Klimakrise antreibt. Der deutsche Kohleausstieg ist beschlossen: in Mitteldeutschland bis 2035, in der Lausitz bis 2038. Fachleute erwarten sogar ein früheres

Ende, weil steigende CO₂-Preise Kohle wirtschaftlich unattraktiv machen.

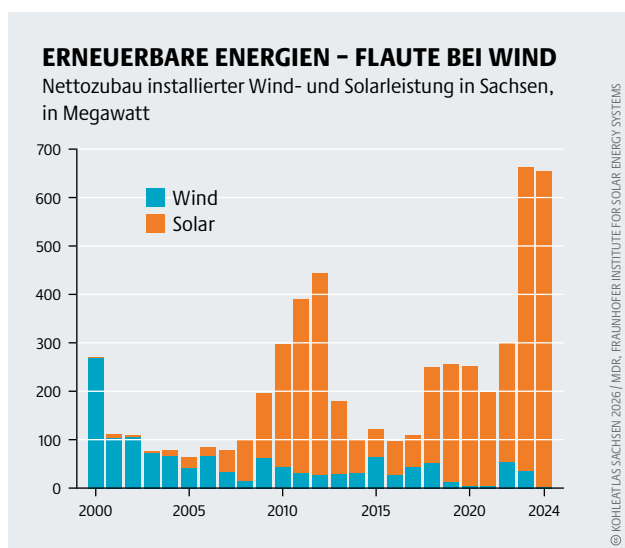
Die Energiewende im Freistaat sollte also in vollem Gang sein, doch deutschlandweit ist Sachsen im Ausbau von Windenergie leider auf dem vorletzten Platz der Flächenländer. Nach Sachsen kommen nur noch das Saarland und die Stadtstaaten. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung liegt in Deutschland bei rund 59 Prozent (2024). Sachsen kommt gerade einmal auf ca. 25 Prozent. Grundlage für die sächsische Energiepolitik ist das 2021 verabschiedete Energie- und Klimaprogramm Sachsen (EKP). Laut diesem soll Sachsen 2040 klimaneutral sein. Bis 2030 ist der Anteil erneuerbarer Energien auf mindestens 45 Prozent zu erhöhen.

In den 1990er Jahren erlebte Windkraft einen Bau-boom in Sachsen. Dieser flaute nach ein paar Jahren schnell wieder ab. Im Freistaat sind aktuell 585 Anlagen mit einer Leistung von rund 1.400 Megawatt (MW) in Betrieb (Stand 12/2025). Klingt viel, ist es aber nicht. Seit Jahren rangiert Sachsen auf den untersten Plätzen im bundesweiten Vergleich. Dass die Wende von Kohle hin zu Erneuerbaren schneller gehen kann, zeigt NRW: Das einstige Kohle-Land ist heute führend beim Ausbau von Windkraft.

Für Sachsens Ausbau-Trägheit gibt es viele Gründe. Die Abstandsregelung für Windenergieanlagen von 1.000 Metern zu Wohnbebauung ist einer davon. Zwar können Kommunen seit ein paar Jahren Ausnahmen ermöglichen, doch allein diese Festlegung kann laut Umweltbundesamt bis zu einer Halbierung der möglichen Ausbaufäche führen.

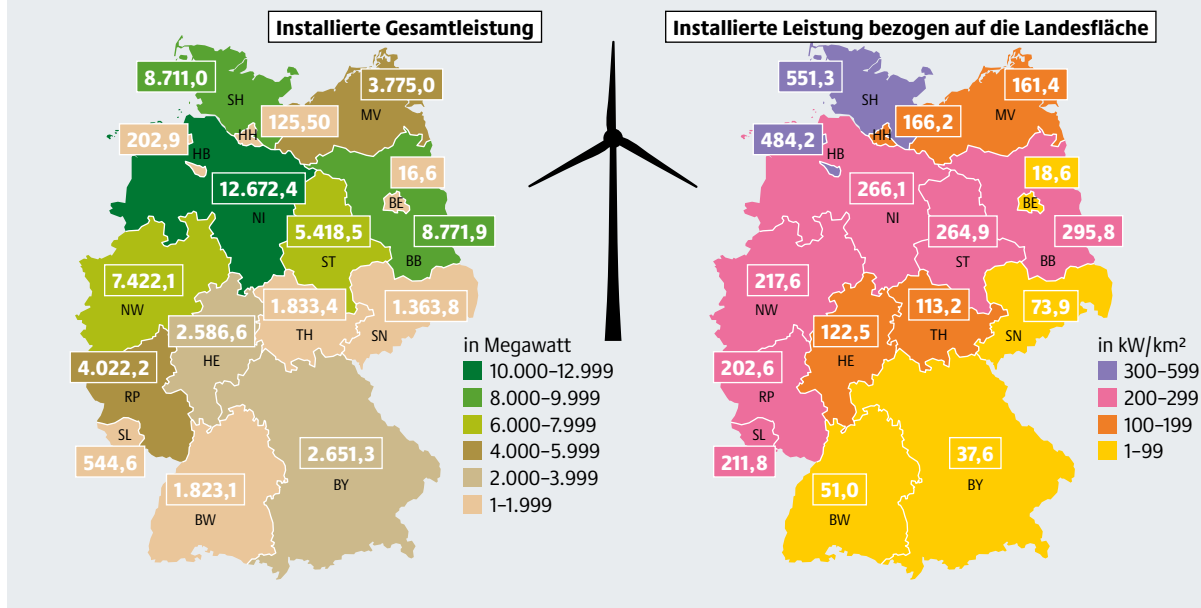
Die letzte Bundesregierung hat den Ländern Flächenziele für den Ausbau erneuerbarer Energien vorgegeben. Bis 2032 müssen demnach insgesamt zwei Prozent der Landesfläche für Windenergieanlagen ausgewiesen werden. Sachsen ging hier sogar voraus und wollte dieses Planungsziel bereits bis 2027 erreicht haben. Die neue Minderheitsregierung von CDU und SPD plant nun einen Rückzieher auf das Jahr 2032. Dabei hat Sachsen bislang nur 0,3 Prozent der Landesfläche ausgewiesen, während andere Bundesländer das Ziel bereits erreicht haben.

Während sich der Solar-Boom der vergangenen Jahre auch in Sachsen zeigt, ging es bei der Windkraft kaum voran.



ENTWICKLUNG DER WINDENERGIE IN DEUTSCHLAND

Sachsen im bundesweiten Vergleich unter den Schlusslichtern (erstes Halbjahr 2024)



© KOHLEATLAS SACHSEN 2026 / AGENTUR FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN

Jahrelang stockte die Solarenergie in Sachsen. Seit 2023 boomt der Ausbau und dürfte weiter zulegen. Aktuell sind Solaranlagen mit rund 5.200 MW in Betrieb (Juli 2025). Treiber sind vor allem große Freiflächenanlagen wie das Solarfeld Witznitz südlich von Leipzig. Das kann aber nur ein Teil der Lösung sein. Wichtiger sind Anlagen auf versiegelten Flächen wie Parkplätzen und Dächern. Diese oft ungenutzten Energieflächen stehen nicht im Konflikt mit Ackerland und Wäldern und sind aus Naturschutzsicht meist unbedenklich. Sachsen gehört jedoch zu den wenigen Bundesländern ohne Solarpflicht für Neubauten oder Dachsanierungen. Viele Länder haben sie längst in Bauordnungen oder Klimaschutzgesetzen verankert. Hier liegt viel ungenutztes Potenzial mit Mehrwert für die Gesellschaft, meist ohne großen Widerstand.

Beim Thema erneuerbare Energien ist immer wieder die Rede von mangelnder Akzeptanz. Schlagzeilen über Widerstände von Bürger*innen und sogar Politiker*innen gegen Wind- und Solaranlagen sind regelmäßig zu lesen. Sind also alle dagegen? Umfragen zeigen das Gegenteil.

Eine Akzeptanzbefragung in Sachsen im Jahr 2023 ergab, dass mehr als die Hälfte der Teilnehmer*innen gegenüber erneuerbaren Energien positiv eingestellt ist.

Eine repräsentative Umfrage der Initiative Klimaneutrales Deutschland zeigt die Diskrepanz zwischen tatsächlicher und wahrgenommener Akzeptanz von Windenergie: Die Mehrheit derjenigen, die in direkter Nachbarschaft von Windenergieanlagen leben, befürwortet diese (59 Prozent). Die Hälfte davon schätzt die Stimmung im eigenen Umfeld als ablehnend ein, obwohl die tatsächliche Akzeptanz höher ist.

Im deutschlandweiten Vergleich hinkt Sachsen beim Ausbau der Windenergie hinterher.

Das Werben um die stille Mehrheit ist extrem wichtig, um nicht der lauten Gegnerschaft das Feld zu überlassen, die z. B. Stimmungen in Gemeinderäten kippt.

Viel zu oft liegt der öffentliche Fokus auf den Widerständen. Daher müssen sächsische Politiker*innen, Verbände und Medien die Potenziale und Chancen der Energiewende fortwährend erklären und bewerben. Für Akzeptanz brauchen wir eine dezentrale, naturverträgliche Energiewende, die von vielen Schultern getragen wird. Des Weiteren bedarf es klarer Naturschutzvorgaben und Planungssicherheit statt eines Zick-Zack-Kurses, wie ihn die aktuelle Minderheitsregierung fährt. Außerdem müssen Forschung, Beratung und Projekte ausreichend finanziert werden.

Auch Kommunen sollten rechtzeitig mit der Planung loslegen, um Handlungsspielräume nicht zu verlieren und Bürger*innen einzubeziehen. Dank des Erneuerbaren-Energien-Ertragsbeteiligungsgesetzes in Sachsen können sie von jeder vor Ort produzierten Kilowattstunde bis zu 0,3 Cent profitieren und diese Gelder z.B. in kommunale Kitas, Freibäder oder Sportvereine investieren.

Und zuletzt: Jede*r von uns kann anpacken: Sich ein Balkonkraftwerk installieren, Mitglied einer Energiegenossenschaft werden, laut werden im Gemeinderat für die Energiewende vor Ort oder vieles mehr.

Dann steigt die Zustimmung und die Freude am sauberen Strom – auch beim Energieriesen Sachsen. ●

AUTOR*INNEN, QUELLEN VON DATEN, KARTEN UND GRAFIKEN

5 VORWORT

DEBRIV: Statistiken. <https://t1p.de/sqsic>
Destatis: CO₂-Emissionsintensität.
<https://t1p.de/lg6uu>

6-7 KOHLE-FOLGEKOSTEN

WER ZAHLT AM ENDE?

von Lasse Thiele (Politikwissenschaftler), arbeitete bis 2024 beim Konzeptwerk Neue Ökonomie e. V.

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (2025):

LE-V als Bad Bank der LEAG? <https://t1p.de/wd7di>

Greenpeace (2024): Rekultivierungskosten in der Lausitz. <https://t1p.de/gtydu>

Grüne Liga (2022): Kohle. Wasser. Geld. Wie umgehen mit den Wasserproblemen des Braunkohlebergbaus in der Lausitz? <https://t1p.de/bv5in>

Grüne Liga, re-set (2023): Ein fossiler Energiegigant. <https://t1p.de/iyro8>

Konzeptwerk Neue Ökonomie (2024):

Braunkohlefolgen und Energiewende in Ostdeutschland: Sozialisierung der Kosten, Privatisierung der Gewinne? <https://t1p.de/hdgr3>
LEAG (2025): EU und Bund bestätigen Kompensation des Kohleausstiegs Ost (Pressemeldung). <https://t1p.de/vdtmp>

8-9 TAGEBAUSEEN

HERAUSFORDERUNGEN FÜR JAHRZEHNTE

von Karsten Rinke (Gewässerökologe, Leiter des Departments Seenforschung, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung) und Martin Schultze (Chemiker, Experte für Bergbaugewässer)

Schultze, M., K.-H. Pokrandt, & W. Hille (2010): Pit lakes of the Central German lignite mining district: Creation, morphometry and water quality aspects. *Limnologica* 40: 148–155.

Totsche, O., Kunze, K. (2022): Rehabilitation of the Lusatian Water Balance, in Consideration of Climate Change and the End of Lignite Mining. <https://t1p.de/803jo>

Uhlmann, W., K. Zimmermann, M. Kaltofen, C. Gerstgraser, F. Gosser, & C. Schützel (2023): Wasserwirtschaftliche Folgen des Braunkohleausstiegs in der Lausitz. Umweltbundesamt. <https://t1p.de/oa38c>

10-11 PÖDELWITZ

ZWISCHEN VERFALL UND VERGESELLSCHAFTUNG von Nora Mittelstädt und Jonny Grünsch, Verein „Pödelwitz hat Zukunft“ e. V.

Andreas Berkner (2024): Braunkohlenplan Tagebau Vereinigtes Schleenhain. Sachstand, Ausblick, Handlungsschwerpunkte. Abschlussforum zum Masterplan. <https://t1p.de/zafyi>

Communia e. V. (2024): Mit Vergesellschaftung gegen die Ohnmacht. Potenziale eines emanzipatorischen Hegemonieprojekts für die sozial-ökologische Transformation im Energiesektor. <https://t1p.de/sxwo7>
Landesverein Sächsischer Heimatschutz e. V. (2024): Positionspapier zur Entwicklung in Pödelwitz im Landkreis Leipzig. <https://t1p.de/7nv24>

Pödelwitz hat Zukunft e. V. (2022): Positionspapier zu Dorfentwicklung von Pödelwitz. <https://t1p.de/f55jl>

Sebastian Schöne (2023): Pödelwitz als Modelldorf. Transformative Kommunalentwicklung im Kontext von Strukturwandel. Just Transitions – Beiträge zum Strukturwandel. <https://t1p.de/v2gr4>

12-13 ENERGIEWENDE IN SACHSEN

EIN HUMPELNDER KOHLERIESE AUF SEINEM WEG von Yelena Zimdahl, arbeitete bis 2025 zu Energiepolitik beim BUND Sachsen e. V.

Fachagentur Wind und Solar. Ausweisung von Flächen zur Windenergienutzung in den Bundesländern. <https://t1p.de/eiu6t>

Fraunhofer Institute for Solar Energy Systems ISE: Energy Charts. <https://t1p.de/m9etu>

Klima-Dashboard Sachsen: Erneuerbare Energien. <https://t1p.de/bf99f>

Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie: Treibhausgas-Monitoring. <https://t1p.de/xcjr6>

Plappert, M.-L., Rudolph, M., Vollmer, C. (2019): Auswirkungen von Mindestabständen zwischen Windenergieanlagen und Siedlungen. Auswertung im Rahmen der UBA-Studie „Flächenanalyse Windenergie an Land“. Umweltbundesamt. <https://t1p.de/8a9vv>

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft (2024): Länderbericht zum Stand des Ausbaus der erneuerbaren Energien sowie zu Flächen, Planungen und Genehmigungen für die Windenergienutzung an Land. <https://t1p.de/hvvq7>

BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ SACHSEN

Der BUND Sachsen wurde im Dezember 1989 gegründet und ist schnell zu einem wichtigen sächsischen Natur- und Umweltschutzverband herangewachsen. Heute hat der Verband rund 11.000 Mitglieder in 40 Regional- und Ortsgruppen. Damit ist der BUND Sachsen eine laute und relevante politische Stimme für die naturverträgliche Energiewende und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen.

Weltweit, und zunehmend hier in Sachsen, treten die Folgen der menschengemachten Klimakrise immer deutlicher zutage. Sie ist spürbar, sichtbar, riechbar. Ein wesentlicher Treiber dieser Entwicklung ist nach wie vor die sächsische Braunkohleverstromung. Sie

setzt bei der Verbrennung erhebliche Mengen klimaschädlicher Treibhausgase frei und trägt damit zur Erderhitzung bei. Genau hier liegt auch der Hebel für Veränderung: Wenn Sachsen konsequent aus der Kohle aussteigt und in saubere Alternativen investiert, entstehen Chancen für Klima und Wirtschaft. Genau diesen Potenzialen für die Menschen in Sachsen möchte der BUND eine Bühne geben.

Seit 2015 sucht der Verband mit Diskussionsrunden und Konferenzen, unter anderem in der Lausitz und Leipzig, den Austausch mit Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Betroffenen. Ziel ist ein früherer und sozial gerechter Braunkohleausstieg und ein Strukturwandel, der Umwelt schützt und Zukunft schafft.



Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Sachsen e. V.
Straße der Nationen 122, 09111 Chemnitz
info@bund-sachsen.de

www.bund-sachsen.de

WEITERDENKEN – HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG SACHSEN

Seit über 25 Jahren bietet Weiterdenken politische Bildung für Erwachsene in Sachsen an. Weiterdenken ist der sächsische Teil des grünnahen Heinrich-Böll-Stiftungsverbunds.

Wir organisieren politische Bildung für Erwachsene in Sachsen. Unsere Schwerpunktthemen sind Demokratie, Ökologie und Geschlechtergerechtigkeit. Mit Workshops, Vorträgen, Ausstellungen, Publikationen, Lesungen und künstlerischen Annäherungen an politische Themen bieten wir Plattformen für vielfältige Diskussionen. Unsere Basis bilden Werte wie Solidarität, Gerechtigkeit, Freiheit und ökologische Achtsamkeit.

Politische Bildung bedeutet für uns, Räume für Diskussionen aufzuschließen, Informationen zu politischen Fachthemen zu vermitteln und neue Impulse für Politik zu geben. Bei uns kann man Handwerkszeug erlernen, um sich auf verschiedenen Ebenen, in verschiedenen Formen in politische Prozesse einmischen zu können.

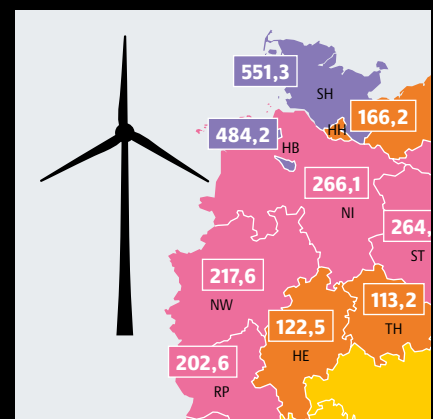
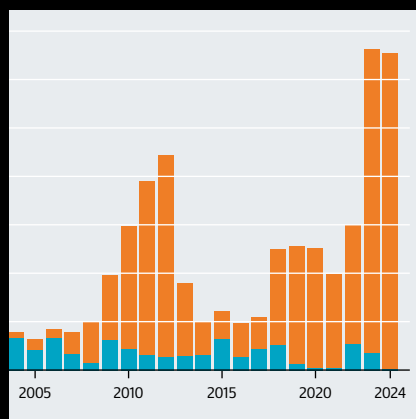
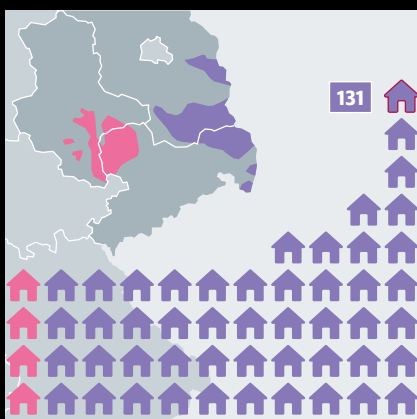
Neben eigenen Projekten sind wir Kooperationspartner für Vereine, Verbände, Hochschulen und Institutionen in Sachsen.



Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen
Antonstraße 31, 01097 Dresden
info@weiterdenken.de

www.weiterdenken.de





Wichtige Impulse für die Transformation in ganz Deutschland könnten ihren Anfang in den einstigen Kohleregionen nehmen – weg vom „Haben wir immer so gemacht“ hin zu innovativen Projekten.

aus: **VORWORT**, Seite 5

Seit Jahren steht die Sorge im Raum, dass die für ihre Geschäfte mit fossilen Altlasten in Europa berüchtigte EPH plant, die Braunkohle-Töchter nach Ende des Kohlegeschäfts strategisch insolvent gehen zu lassen. So würden die Rekultivierungskosten auf öffentliche Kassen abgewälzt.

aus: **WER ZAHLT AM ENDE?**, Seite 6

Tagebauseen sind eine wasserwirtschaftliche Herausforderung. Auswirkungen sind weit über die betroffene Region hinaus zu spüren. Bei einem nachhaltigen und weitsichtigen Management bieten sich jedoch auch Chancen für Mensch und Natur.

aus: **HERAUSFORDERUNGEN FÜR JAHRZEHNTE**, Seite 9